1. Oktober 2011: Tag der Index-Tranche

Luxemburg. Zum 1. Oktober wird jene Index-Tranche ausgezahlt, die bereits zum 1. April erfallen war. Mit den Sozialpartnern hatte sich die Regierung indes geeinigt, die Auszahlung um sechs Monate auszusetzen. Der Mindestlohn beträgt durch die nun fällige Anhebung 1 801,49 Euro; der qualifizierte Mindestlohn macht 2 161,78 Euro aus. Nach jetzigem Stand erfällt die nächste Index-Tranche im April 2012. Da es sich um eine zweite automatische Lohnanpassung binnen eines Jahres handelt, sind Schwarz-Rot und Sozialpartner erneut gefordert. (mas) POLITIK

EU-Ostgipfel: Belarus

brüskiert die Europäer

Warschau. Mitten im polnischen Wahlkampf hatte Regierungschef Donald Tusk auf eine Sternstunde der polnischen EU-Ratspräsidentschaft gehofft. Der Gipfel zur Ostpartnerschaft sollte die Aufmerksamkeit endlich wieder auf die Region richten, als dessen Fürsprecher sich Polen traditionell sieht - und auf die Lage der Menschenrechte. Doch erst ließen sich mehrere wichtige EU-Politiker nur vertreten, dann brüskierte Weißrussland mit seiner Gipfel-Absage die Gastgeber. Umso mehr drängte Tusk auf demokratische Reformen im Osten. (dpa) INTERNATIONAL Seite 7

"Interessen des FC Metz in Luxemburg vertreten"

Luxemburg. Nico Braun, der luxemburgische Stürmer, der die Tornetze nicht nur im Großherzogtum zappeln ließ, kehrt mit mittlerweile 60 Jahren wieder zurück auf die Fußballbühne. Der 40-fache Nationalspieler ist seit kurzem Vizepräsident des "Clubs der Botschafter" des FC Metz. Der erfolgreichste Torschütze in der Geschichte der "Grenats" soll die Beziehungen zwischen dem Verein mit der "Croix de Lorraine" und Luxemburg vertiefen. Und dies ist gleich auf mehreren Ebenen notwendig, meint Braun. (LW) **SPORT**

Der Streit um Ölsand

wird immer lauter

Ottawa. Die Kontroverse um Öl aus kanadischem Ölsand wird immer lauter. In den USA und Kanada arbeiten Umweltverbände gegen das ihrer Ansicht nach "schmutzige Öl", die Industrie und die Regierung Kanadas sprechen dagegen vom "ethischen Öl", das Lieferungen aus undemokratischen Staaten vorzuziehen sei. Der Streit dreht sich jetzt um den Bau einer Pipeline von Albertas Ölsandfeldern zu Raffinerien an der US-Golfküste. Die US-Regierung will bis Jahresende über das sieben Milliarden Dollar teure Pro-

jekt entscheiden. (GB) WIRTSCHAFT

Exklusiv-Interview mit Prof. Harald Hau, Wirtschafts- und Finanzprofessor an der Genfer Uni

versität und am "Swiss Finance Institute"

Europäische Banken notfalls zwingen

Der Finanzexperte plädiert für eine Rekapitalisierung der europäischen Banken / Steu erzahler dadurch entlastet

VON CORDELIA CHATON

Während viele EU-Staaten in dieser Woche über die Ausweitung des Rettungsschirmes diskutieren, präsentiert Prof. Harald Hau eine ganz andere Lösung. Der international anerkannte und tätige Finanzexperte plädiert für eine Rekapitalisierung der Banken als einzigen gangbaren Weg. Im Exklusiv-Interview erklärt

Herr Prof. Hau, warum halten Sie nichts von einem EU-Rettungs-

Das ist keine Lösung des Problems, sondern nur ein Aufschub. Das muss man erklären: Es geht nur darum, die Kreditausfälle der privaten Investoren zu sozialisieren; auf die Steuerzahler aller Länder zu übertragen. Dadurch werden keine Schulden abgebaut. Es ist vielmehr ein Aufschieben der Insolvenz. Letztlich werden nur private Investoren aus Staatsmitteln subventio-

Sie plädieren als Lösung für einen Schuldenschnitt und eine gleichzeitige Re-Kapitalisierung von

Ia, das ist der einzige Weg. Ohne einen Schuldenschnitt insbesondere für Griechenland - und möglicherweise auch für Portugal und Irland – geht es nicht. Gleichzeitig wird eine Insolvenz von Staaten die Refinanzierungssituation des europäischen Bankensektors sehr belasten. Deshalb muss der Schuldenschnitt von einer umfassenden Rekapitalisierung des europäischen Bankensystems begleitet werden. Nur so kann eine Bankenkrise verhindert werden, deren Anfänge wir jetzt schon sehen.

Und wie soll die Rekapitalisierung aussehen?

Hier gibt es drei Gesichtspunkte. Erstens haben wir die Ergebnisse der Banken-Stresstests vom Sommer dieses Jahres. Man kann beispielsweise berechnen, welche Abschreibungen bei einem 70-prozentigen Ausfall der griechischen Staatsanleihen und einem Ausfall von 30 Prozent für die portugiesischen und irischen Forderungen entstehen. Entsprechende Eigenkapitalverluste müssen durch die Reapitalisierung ersetzt werden.

Vorsichtsmaßnahmen zusätzliches nur für einen Aufschub. (FOTO: PRIVAT) Kapital zugeführt bekommen. Die europäischen Banken haben in den kommenden zwei Jahren einen riesigen Refinanzierungsbedarf. Der ist sehr viel leichter zu bewältigen, wenn die Kapitalausstattung von derzeit oft nur fünf Prozent auf zehn Prozent erhöht wird. Doch auch hier können die Rekapitalisierungauflagen auf die Situation jeder

Bank abgestellt werden. Drittens muss die Rekapitalisierung obligatorisch sein. Entweder die Banken finden private Investoren innerhalb einer kurzen Frist oder der Staat erwirbt neue Aktien zum Marktpreis mit einem Vorkaufsrecht für Altaktionäre. Die

systemische Krise verlangt hier hin zum Schuldenschnitt mit Banentschlossenes Handel des Staates. Es darf keine Zweifel geben, dass jede europäische Bank ausreichend

■ Die Banken scheinen von der Idee aber nicht begeistert.

Diesen Schritt wollen die Aktionäre der Banken natürlich nicht, denn die Rekapitalisierung verringert die Anteile der Altaktionäre und Letztere tragen die vollen Kosten der Bankenabschreibungen, falls die Rekapitalisierung auf Marktpreisen beruht. Möglicherweise wird auch das Machtgefüge unter den Bankaktionären verändert. Den Banken ist es natürlich lieber, der Steuerzahler trägt die Kosten. Dahinter stehen riesige finanzielle und politische Interessen. Deshalb muss die Rekapitalisierung zwangsweise erfolgen. Ohne politischen Druck geht

Kann man den Banken das abver-

Die von den Banken favorisierte Strategie der Sozialisierung aller Schulden hat die Schuldenkrise verschärft und die Lösung erschwert. Es ist eine machiavellische Strategie ohne große Rücksicht auf das Gemeinwohl und die wirtschaftliche Zukunft Europas. Viele Politiker haben sich hier gutgläubig aufs Glatteis führen lassen. Die EZB hat ebenfalls strategische Fehler gemacht. Man hätte von Anfang an auf die Rekapitalisierung abstellen müssen. Der IWF hätten vorher umschalten müssen. Aber jetzt ist es höchste Zeit, eine Strategiewende durchzuführen: Weg vom Rettungsschirm



Zweitens sollten die Banken als Prof. Harald Hau hält Rettungsschirme

Harald Hau ist Wirtschafts- und Finanzprofessor an der Genfer Universität und am "Swiss Finance Institute". Seine Themengebiete sind internationale Finanzen, Finanzmärkte und ihre Stabilität. Nach seinem PhD an der amerikanischen Princeton-Universität 1996 bei Kenneth Rogoff unterrichtete der Deutsche zunächst an der französischen Wirtschaftshochschule Essec und von 2001 bis 2011 auch am Insead in Fontainebleau und Singapur. Seine Arbeiten über die Finanzkrise wurden ausgezeichnet, zuletzt 2010 vom "European Corporate Governance Institukenrekapitalisierung!

■ Warum reagieren die Politiker

Viele Bundestagsabgeordnete haben wenig Urteilsvermögen in Fragen der Staatsinsolvenz - von den vereinzelten Volkswirten abgesehen. Vielleicht hätte der Bundestag auch einen intensiveren Kontakt mit argentinischen Parlamentariern pflegen sollen. Letztere sind in solchen Belangen sicher weniger blauäugig. Doch die Bevölkerung hat scheinbar bessere Instinkte und die wird die politischen Parteien abstrafen, wenn die Verluste des Rettungsschirmes erst einmal voll auf die öffentlichen Haushalte durchschlagen. Schuldenkrisen wie diese können die ganze parteipolitische Elite eines Landes hinwegfegen. Zugespitzt könnte man sagen: Deutschlands augenblickliche Parlamentarier sind auf dem besten Wege, sich abzuschaffen.

■ Kann eine Rekapitalisierung auch Kosten für den Steuerzahler verursa-

Ja, und zwar dann, wenn nach einer Abschreibung aus der Staatsinsolvenz das Kapital negativ wird. Aber das ist bei deutschen und französischen Banken nicht der Fall; höchstens bei der HypoRealEstate. Bei italienischen, spanischen oder portugiesischen Banken kann das aber schon sein. Insgesamt haben Europas Banken einen Puffer von etwa einer Milliarde Euro an Eigenkapital. Doch ist dieses Kapital nicht unbedingt dort, wo es die größten Insolvenzverluste gibt oder der größte Refinanzierungsbedarf existiert. Und die Lehman-Krise hat auch gezeigt, dass die Insolvenz schon einer einzelnen Großbank schwerwiegende Folgen hat für das gesamte Finanzsystem.

■ Gibt es nicht langfristig genau so schlechte Aussichten für Deutschland und andere Länder wie für **Griechenland? Die Deutschen sind** doch auch verschuldet.

Standard&Poors könnte auch Deutschlands Kreditwürdigkeit herunterstufen, weil das Land durch den Rettungsschirm überlastet wird. Wir müssen daher die verbleibenden fiskalischen Reserven gezielt und effectiv einsetzen. Bei der aktuellen Politik des Rettungsschirmes ist dies leider nicht

■ Von Eurobonds sind Sie nicht gerade begeistert.

Das ist eine ganz andere Thematik. Das grundsätzliche Problem der Währungsunion ist, dass die Schuldenfinanzierung der Staaten zu einfach wurde. Vergleichen Sie das Fiskalpolitik im Jahr 1981: Innerhalb der Finanzmärkte auf den Wechselkurs zwischen Franc und D-Mark musste. Die europäische Wäh- gute Note ausstellen.

rungsunion hat diese Disziplin ausgehebelt. Die wenigen politischen Maßnahmen, die zur Absicherung eingeführt wurden - wie beispielsweise die Maastricht-Kriterien hat die Politik ausgesetzt. Die Eurobonds machen das noch schlimmer, weil dann Staaten noch weniger der Kontrolle durch den Finanzmarkt ausgesetzt sind.

■ Was halten Sie von Rating-Agen-

Wir führen gerade ein Projekt dazu durch. Es ist eine komplizierte Frage. Die Rating-Agenturen haben auch Schwächen und Strukturprobleme, sind aber nötig.

■ Wie beurteilen Sie die Politik der deutschen Bundeskanzlerin?

Sie ist in einer schwieriger Situation - und vielleicht nicht immer gut beraten. Die deutsche Ministerialbürokratie wird von Iuristen beherrscht und nicht von Volkswirten. Man wünscht sich, das Kanzleramt verfüge über einen Stab von anerkannten und unabhängigen Experten. Das scheint aber nicht der Fall zu sein. Schlechtes Krisenmanagement, basierend auf falschen Prämissen, wird dann selbst zu einem großen Problem und verringert die Beherrschbarkeit der Ereignisse. Historiker führen in diesem Zusammenhang immer die Julikrise von einmal mit Mitterrands expansiver 1914 an. als die preußische Ministerialbürokratie völlig überfordert weniger Wochen war der Druck war mit dem bekannten katastrophalen Ausgang. Auch diesmal kommt dem Verhalten Berlins eine so groß, dass Mitterrand das Haus- Schlüsselrolle zu. Dem bisherigen haltsdefizit sofort eindämmen Krisenmanagement kann man keine

Den Banken 7 7 ist es natürlich lieber, der Steuerzahler trägt die Kosten. Dahinter stehen riesige finanzielle und politische Interessen."

Prof. Harald Hau, Wirtschafts- und Finanzprofessor

■ Gibt es zu viele Länder im Euro-Raum?

Jetzt sieht jeder, dass es ein Fehler war, Griechenland aufzunehmen. Doch ob Griechenland ausscheiden und eine eigene Währung einführen sollte, ist eine sehr schwierige Frage. Eine nominale Abwertung hilft sicherlich, den wirtschaftlichen Gesundungsprozess zu beschleunigen. Allerdings sind mit einem solchen Schritt auch zusätzliche finanzielle Verwerfungen ver- Um Spareinlagen in dieser Höhe bunden. Die Auslandsschulden re- muss man sich keine Sorgen mahöhen sich zum Beispiel erheblich, so dass ein viel größerer Schuldenschnitt notwendig wird

Was kann das griechische Volk selbst tun?

Griechenland braucht umfassende ben dazu eine lange Liste erstellt. ckade gescheitert. Vielleicht ist Preis zu verhindern.

diese große Krise ja der Anlass, strukturelle Reformen endlich durchzuführen. Wichtig ist hierbei, dass der Reformdruck vom griechischen Volk selbst ausgeht. Schließlich kennen die Griechen ihre eigenen Probleme selbst am besten. Den griechischen Wählern kommt daher eine Schlüsselrolle

Die Steuerzahler

aller Länder werden durch

einen Rettungsschirm für Grie-

chenland finanziell in die Man-

nanzexperte Prof. Harald Hau.

gel genommen, meint der Fi-

(FOTOS: SHUTTERSTOCK)

■ Was halten Sie von den Vorschlägen der Amerikaner, die ebenfalls hoch verschuldet sind?

Die Amerikaner spielen in Europas Schuldenkrise bislang keine sehr positive Rolle. Wenn es zum Schuldenschnitt kommt, dann sind ja auch viele US-Gläubiger dran. Und das wollen sie natürlich nicht und üben daher erheblichen Druck auf Berlin aus.

Was macht ein normaler Anleger in Luxemburg, Frankreich oder Deutschland, der 50 000 Euro gespart hat? Muss er sich fürchten?

lativ zum Bruttoinlandsprodukt er- chen Die Banken kann und wird man nicht scheitern lassen, die wirtschaftlichen Konsequenzen wären zu groß. Andererseits, können und müssen wir nicht jede Staatsinsolvenz verhindern, sondern einen geordneten und hinreichend großen Schuldenschnitt organisieren. Für Griechenland wirtschaftliche Reformen, und be- scheint die Staatsinsolvenz unabkannte griechische Ökonomen ha- wendbar. Das ist Konsens am Kapitalmarkt. Aber das Problem von Bislang sind solche Reformen im- Bankeninsolvenzen ist etwas ganz mer an der innenpolitischen Blo- anderes. Letzteres gilt es um jeden

Rezepte für die Euro-Krise

■ Viele Pakete: In den kommenden Wochen entscheiden die 17 Euro-Staaten über eine finanzielle Hilfe – den zweiten Rettungsschirm – für Griechenland. Zwölf haben bereits zugestimmt; darunter vor zwei Tagen Deutschland, das den größten Teil der Last trägt. Es ist nicht das erste Mal. Das erste Rettungspaket für Griechenland vom Mai 2010 hatte einen Umfang von 110 Milliarden Euro. Davon übernahm der Internationale Währungsfonds (IWF) 30 Milliarden Euro. Griechenland hat sich verpflichtet, innerhalb von drei Jahren sein Haushaltsdefizit auf unter drei Prozent zu senken.

Ein zweites Rettungspaket für Griechenland mit einem Volumen von 109 Milliarden Euro wurde auf einem Sondergipfel der EU-Politiker beschlossen. Darin wurde erstmals eine mögliche Beteiligung des privaten Sektors vereinbart. Derzeit wird in Brüssel über ein weiteres

Paket verhandelt. Es nennt sich offiziell "European Financial Stability Facility" (EFSF). Damit der EFSF Notkredite von 440 Milliarden Euro ausgeben kann, soll der Garantierahmen auf 780 Milliarden Euro erhöht werden.

Anfragen: Für Irland, das Hilfe aus dem EU-Rettungsschirm beantragt hat, stellte die Europäische Union zusammen mit dem IWF 85 Milliarden Euro bereit. Portugal erhielt ein 78-Milliarden-Euro-Paket, von denen der IWF 26 Milliarden

Werkzeugkiste:

Haircut/ Schuldenschnitt: Derzeit diskutierte Mittel gegen die Krise sind vielfältig. Der Haircut oder Schuldenschnitt bedeutet, dass die Gläubiger auf einen Teil der Schulden verzichten. Meist wollen sie so den anderen Teil retten. Der Ruf des Landes erschwert dann aber möglicherweise die Kreditaufnahme und die Europäische Zentralbank (EZB) hätte Bilanzsorgen. Eine sanftere Methode besteht in der Verlängerung der Kredit-

Eurobonds: Sie sollen die Zinsen für den Schuldner leichter erträglich machen. Das funktioniert so, dass nicht mehr ein Land Geld am Markt aufnimmt, sondern die Europäische Gemeinschaft. Schlechte Schuldnerländer profitieren so von der Bonität kreditwürdigerer Schuldner. Starke Länder fürchten Bankenabgabe: Auch die Banken-

abgabe gilt als Hilfsmittel. Banken sollen aus Gewinnen einen Fonds für Notfälle speisen, damit in Zukunft bei Bankenkrisen das Geld nicht mehr vom Staat bereit gestellt werden muss. Es besteht nach wie vor die Angst, dass es zu einer neuen Bankenkrise kommt. Gegner kritisieren, dass dann Kredite viel teuerer und knapper werden.

Rekapitalisierung: EU-Währungskommissar Oli Rehn drängt genau wie IWF-Chefin Christine Lagarde auf eine bessere Kapitalausstattung der Banken. Bei der Rekapitalisierung werden Unternehmensanteile verkauft, um mehr Kapital ins Unternehmen zu bringen. Dadurch ändert sich die Struktur des Unternehmens. Außer Fremden kann auch der Eigner



LEITARTIKEL

Blaulicht-Milieu

s gibt dieser Tage ein un-in den großherzoglichen Gemeinden in Kürze Kommunalwahlen programmiert sind: Der Einweihungs- und Spatenstich-Marathon, dem sich Kandidaten und Kommunalpolitiker quasi bis zur Erschöpfung hingeben. Dabei sind der pre-elektoralen Fantasie keine Grenzen gesetzt, mit als Folge, dass der Grat zwischen Lächerlichkeit und Glaubwürdigkeit ein sehr schmaler wird. Besonders beliebt sind Feierlichkeiten mit neuen Feuerwehrfahrzeugen, von GW über H-TLF bis hin zu MTW, bieten sie doch die gute Gelegenheit, die Sorge um die Sicherheit der Bürger zu dokumentieren, die von Einheimischen (also Wählern) durch de-

ren Bereitschaftsdienst während

ihrer Freizeit gewährleistet wird.

Wobei eine der Aufgaben für die Ädilen von morgen genannt ist: Wirft man einen Blick auf die kommunale Agenda für die folgenden sechs Jahre, gehört die Reorganisation des Rettungswesens, das hierzulande auf den bewährten Pfeilern Freiwillige Feuerwehr und Zivilschutz fußt. zu den bedeutendsten Baustellen. Der Zeitrahmen steht schon fest: Bis Ende der Legislaturperiode 2014 will der Ressortminister die Reform in eine gesetzliche Schablone gezeichnet haben. Fest steht auch schon die Zielvorgabe: In Zukunft soll jeder Mensch in Not innerhalb von zehn Minuten mit einer Erstversorgung rechnen dürfen. Binnen diesen beiden zeitlichen Leitplanken soll die Reorganisation im Blaulicht-Milieu erfolgen.

Die Reform reüssieren ist auch die Hausaufgabe, die auf die neue Führung des Feuerwehrverbandes, die in Clerf gekürt wird, wartet. Die Botschaft an die Basis muss lauten, fortan weniger das Heute zu verwalten und mehr das Morgen zu gestalten.

Die Reorganisation ist beileibe kein leichtes Unterfangen, wenn man weiß, dass schon seit Jah-



leben außerhalb des Zehn-Minuten-

ren über eine zeitgemäße Organisation - Stichwort Regionalisierung, Stichwort Professionalisierung - nachgedacht und gesprochen wird. Zaghaft und zurückhaltend. Dass Meinungsvielfalt herrscht, darf in Anbetracht der komplexen Konstellation, dass das Innenministerium 116 (bzw. demnächst 106) Gemeinden, 172 Feuerwehren und 25 Protex-Zenter als Gesprächspartner hat, nicht wirklich zu verwundern. Und man braucht nur zu beobachten, wie guälend langsam das territoriale Lifting vonstatten geht, um zu verste-

hen, welche Herkules-Aufgabe

die Rettungsreform darstellt ...

Und doch führt kein Weg daran vorbei. Umso mehr, als die Achillesferse bekannt ist, und mancherorten richtig weh tut: Den Bereitschaftsdienst (tagsüber) aufrechtzuerhalten. Fuhrpark und Formation können intakt sein, Mensch und Material in Bestform sein - dennoch lebt über die Hälfte der Einwohner außerhalb des Zehn-Minuten-Radius. Der Reformbericht belegt die Diagnose: Werden zehn Minuten als "first-responder"-Maßstab genommen, können 47.40 Prozent der Bürger Hilfe von der Feuerwehr erwarten: 8.28 Prozent der Bürger liegen im Einsatzradius des Zivilschutzes.

Letztlich geht es um die Erkenntnis, dass der Rettungsdienst nicht mit dem ehrenamtlichen Einsatz in einem Verein zu vergleichen ist. Dieser Erkenntnis muss jenes Entgegenkommen entspringen, das die Attraktivität des Engagements im Krankenwagen oder Tanklöschfahrzeug fördert - eine Aufgabe für die Politik, kommunal wie national.

marc.schlammes@wort.lu

DER KOMMENTAR

Noch kein Ende in Sicht

Milliardenpakete, Rettungsschirme, Soforthilfen in schwindelerregenden Höhen – das Ausmaß der Unterstützung für Griechenland ist für Normalverdiener schon lange nicht mehr zu fassen. Leider wird aus der Frage der Lösung der Schuldenkrise eines EU-Landes die Frage nach Pro oder Contra Europa gemacht. Wirtschaftlicher Sachverstand spielt da keine Rolle, eher schon das Parteibuch. Und so stehen jene Staaten, die bisher - wie Deutschland und Frankreich – trotz eigener Schulden noch kreditwürdig waren, vor einem neuen Berg. Damit lahmt Europas Wirtschaftsmotor. Eine Lösung ist nicht in Sicht; im Gegenteil: Portugal, Irland und Spanien wackeln. Der Dumme der Aktion sind die Steuerzahler; nicht nur in

Deutschland. Sie bezahlen für etwas, was keine Lösung ist und dessen Ende nicht abzusehen ist. Hätten die Parlamente auch so entschieden, wenn die Parlamentarier mehr zahlen müssten? Eine Rekapitalisierung wäre eine Lösung. Sie würde die Banken vielleicht zu ihrem Kerngeschäft, der Kreditvergabe, zurückführen. Und sie würde einer neuen Bankenkrise vorgreifen. Der Steuerzahler stünde besser da. Auch wenn Ratingagenturen vor steigenden Kreditpreisen warnen: Es wäre der richtige Schritt. Sonst ist kein Ende der Krise in Sicht und der Euro-Krise folgt die Bankenkrise. Aber damit das klappt, müssen alle EU-Politiker nationale Interessen beiseite lassen und gemeinsam genügend Druck auf die Banken